

1462/J XXIII. GP

Eingelangt am 27.09.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Johann Maier

und GenossInnen

an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend

**betreffend „Wissenschaftliche Prüfung von Lebensmittelfragen: Kontaminanten -
Bewertung der lebensmittelbedingten Exposition der Bevölkerung der EU-Mitgliedstaaten
gegenüber Blei, Cadmium, Quecksilber und Arsen“**

Mit der AB 1177/XXII.GP vom 30.01.2004 wurde durch das Gesundheitsministerium auf diese Anfrage folgendes mitgeteilt:

„Der Bericht der SCOOP-Arbeitsgruppe ist noch nicht abgeschlossen. Ein Entwurf liegt der Arbeitsgruppe „Industrial Contaminants“ der Europäischen Kommission vor, der Endbericht wurde noch nicht vorgelegt.“

Aus diesem Grund werden die damals gestellten Fragen unter Berücksichtigung des Einleitungstextes wieder gestellt:

Die EU-Mitgliedstaaten wirken bei wissenschaftlichen Prüfung von Lebensmittelfragen unter Berücksichtigung des in den Mitgliedstaaten vorhandenen Fachwissen und der verfügbaren finanziellen Mittel mit. Die Aufgaben sind in Hinblick auf den öffentlichen Gesundheitsschutz in der Gemeinschaft und die Anforderungen der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften im Lebensmittelbereich festgelegt und werden regelmäßig durch Entscheidung der Kommission aktualisiert.

Mit der Entscheidung 94/652/EG der Kommission ist die Festlegung der Aufgaben und die Verteilung dieser Aufgaben im Rahmen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit an die Mitgliedstaaten vorgenommen worden. Diese Entscheidung wurde bereits mehrfach geändert.

Eine Prüfungsaufgabe betraf die Erhebung von Daten über das Auftreten mehrkerniger aromatischer Kohlenwasserstoffe in Lebensmitteln. Österreich befand sich in dieser Arbeitsgruppe. Die Frist für die Erfüllung der Aufgabe war der 30. April 2003.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend nachstehende

Anfrage:

1. Werden diese Aufgaben zum o.g. Termin abgeschlossen werden können?
Wenn nein, weshalb nicht?
Wenn ja, wo und wann wurden die Ergebnisse veröffentlicht?
2. Was sind die wesentlichen Erkenntnisse dieser Datenerhebung?
3. Welche Auswirkungen haben diese auf die österreichische Lebensmittelpolitik?
4. Gibt es einen legislativen Handlungsbedarf?
Wenn ja, in welchen Bereichen?
5. Wann werden sie einen entsprechenden Gesetzesantrag vorlegen bzw. eine Verordnung erlassen?